

Ein Triumph der Medizin

VON MARTIN KESSLER

Die Corona-Pandemie ist Geschichte. Und man darf sie zu Recht zu den Geißeln der Menschheit zählen: mehr als 760 Millionen dokumentierte Fälle und fast sieben Millionen Todesfälle, dazu gewaltige volkswirtschaftliche Kosten, Beschränkungen der persönlichen Freiheit und die ständige Furcht, das Gesundheitssystem könnte kollabieren. Doch inmitten der Misere gibt es auch einen wichtigen Lichtblick. In einer Kraftanstrengung sondergleichen gelang es nämlich, innerhalb kürzester Zeit gleich mehrere Impfstoffe zu finden, die einen großen Teil der Menschheit wirksam gegen schwere Krankheitsverläufe und den Tod durch Corona schützen. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat in einer aktuellen Studie ausgerechnet, dass die Impfstoffe allein in Europa rund eine Million Menschenleben gerettet haben.

Im Grunde eine einfache Rechnung: Denn bis zur Entwicklung der ersten Vakzine konnten nur rigide staatliche Lockdowns die Verbreitung stoppen, danach halfen die Impfstoffe. Zugleich konnten die Forscher die Todesraten der einzelnen Corona-Varianten entsprechend gewichten. Der Triumph der Medizin wäre noch stärker ausgefallen, wenn sich mehr Menschen hätten impfen lassen. Denn bei den Ungeimpften lagen die Todesfälle um den Faktor zehn höher als bei den Geimpften. Auch wenn sich trotz Impfung noch viele ansteckten, hatte die Pandemie für die meisten ihren Schrecken verloren.

Es gibt viele Helden in diesem Drama. Ein Ehepaar sollte man besonders herausheben – die beiden deutsch-türkischen Forscher Ugur Sahin und Özlem Türeci. Ihrem Können, ihrem Einsatz und ihrer Weitsicht ist es zu verdanken, dass sich der Impfstoff Comirnaty der Firma Biontech weltweit durchgesetzt hat. Sie hätten den höchsten deutschen Orden deshalb genauso verdient wie Ex-Kanzlerin Angela Merkel.

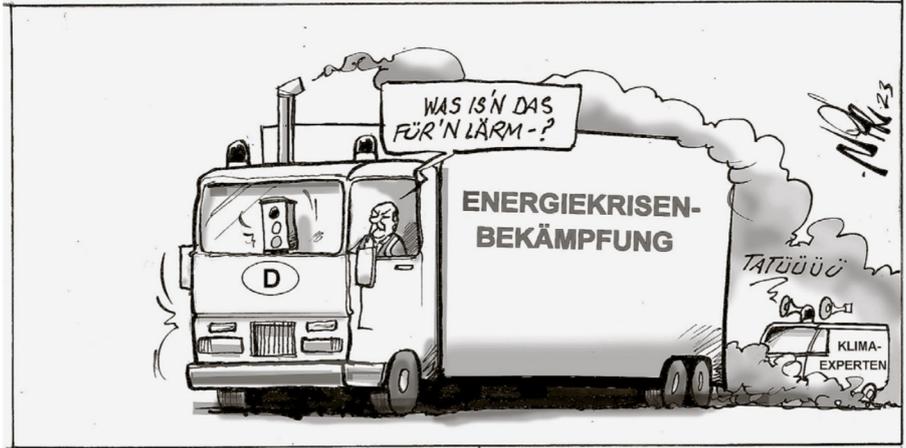
Bloß kein Polittheater!

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

„In Untersuchungsausschuss“, sagte einst der damalige grüne Außenminister Joschka Fischer, „ist erstens ein Kampfinstrument, zweitens ein Kampfinstrument und drittens ein Kampfinstrument.“ Nun kann dieses schärfste Schwert der Opposition, also die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, zur Aufklärung eines Sachverhalts durchaus etwas beitragen. Ob solch ein Schritt jedoch immer sinnvoll ist? Die Möglichkeit, einen Untersuchungsausschuss zur Warburg-Affäre einzurichten, was die Union als größte Oppositionsfraktion in dieser Woche erstmals am Donnerstag im Bundestag beraten will, ist in erster Linie eine Kampfansage an Kanzler Olaf Scholz.

Um was geht es konkret? Die Hamburger Steuerverwaltung verzichtete 2016 auf millionenschwere Rückzahlungen von Steuern, die sich die Warburg-Bank unrechtmäßig mit sogenannten Cum-ex-Geschäften hatte erstatten lassen. Der heutige Bundeskanzler und damalige Erste Bürgermeister sieht in der Affäre nicht gut aus. Sich an Inhalte von Treffen mit dem früheren Warburg-Chef Christian Olearius nicht erinnern zu können, ist grundsätzlich die schlechteste aller Ausreden. Der Kanzler hat es bisher versäumt, aktiv zur Aufklärung des Skandals beizutragen.

Allerdings stellt sich die Frage, was ein Untersuchungsausschuss im Bundestag bringen soll, wenn doch bei den Untersuchungen der Hamburger Bürgerschaft seit Jahren kein Beweis für eine politische Einflussnahme erbracht werden konnte. CDU und CSU sollten also viel Wert darauf legen, welche Zeugen sie im Ausschuss zu welchem Sachverhalt vernemen wollen oder welche Dokumente genauer geprüft werden sollen. Denn von bloßem Polittheater haben die meisten Wähler die Nase voll. Und das schärfste Schwert der Opposition darf nicht zur Farce verkommen. Sonst ist es künftig stumpf.



GETRÜBTE RÜCK-SICHT

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Die Niederlande wollen es ermöglichen, dass auch das Leben unter Zwölfjähriger beendet werden darf, die unheilbar krank sind und unerträglich leiden. Der Riss in der Frage geht auch durch die christlichen Parteien.

Sterbehilfe für Kinder

VON TOBIAS MÜLLER

Einmal mehr haben die Niederlande vor einigen Tagen Schlagzeilen mit einer neuen Sterbehilfe-Regelung gemacht. Demnach können Kinder zwischen einem und zwölf Jahren künftig für „aktive Lebensbeendigung“ infrage, wenn sie durch unheilbare Krankheit aussichtslos und unerträglich leiden, ihr Tod absehbar ist und es keine

Alternativen gibt, dieses Leiden zu lindern. Bislang konnten Ärzte als letztes Mittel palliative Sedierung einsetzen. Zudem haben Eltern der betroffenen Kinder die Möglichkeit, lebensnotwendige Medizin absetzen zu lassen.

„Für uns Menschen ist es zu groß, über Leben und Tod zu entscheiden“

Yvonne Geuze
Niederländische Patientenvereinigung

Das internationale Echo war aufgeregt, wie meist, wenn es um Sterbehilfe und die Niederlande geht; die erwartete Zahl der tatsächlichen Fälle allerdings dürfte sehr gering sein. Das Ministerium für Volksundheit in Den Haag geht davon aus, dass fünf bis zehn Kinder jährlich betroffen sind. Laut Minister Ernst Kuipers, der die Details der Regelung ausarbeiten wird, ist es das Ziel, diesen Kindern ein „menschwürdiges Lebensende“ zu ermöglichen. Noch in diesem Jahr soll sie in Kraft treten.

Um den Schritt einzuordnen und den Kontext zu begreifen, empfiehlt es sich, die niederländische Gesellschaft in ihren Nuancen zu betrachten. In weiten Teilen gibt es eine liberale Auffassung in puncto aktiver Sterbehilfe, für die übrigens der in Deutschland nach den Krankenmorden der Nationalsozialisten belastete Begriff „Euthanasie“ verwendet wird. Ein pragmatischer, selbstbestimmter Umgang mit dem Thema gehört in progressiven Kreisen zum Selbstverständnis und ist vielfach, aber längst nicht überall Konsens.

Was vielfach ausblendet wird: Es gibt in den Niederlanden außer den liberalen Milieus auch tiefgläubige Regio-

nen, die ähnlich wie in den Vereinigten Staaten als „Bibelgürtel“ bezeichnet werden. Zudem besteht die aktuelle Regierungskoalition zur Hälfte aus christlichen Parteien: den Christdemokraten sowie der fundamental-calvinistischen Christenunie. Die andere, größere Hälfte bilden die beiden rechts-beziehungsweise linksliberalen Parteien VVD und D66. Damit bildet die Koalition in Den Haag die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse recht genau ab. Religiöse Bedenken spielen durchaus eine bedeutende Rolle, weshalb unter dem Strich eine pragmatische Übereinkunft steht, die das alte „Poldermodell“ des Landes widerspiegelt: Politik

im Konsens zu machen, unter Einbeziehung möglichst aller Beteiligten.

Im aktuellen Fall zeigt sich dies schon im Namen: Aufmerksamen Lesern mag auffallen sein, dass es sich nicht um eine Gesetzesnovelle, sondern nur um eine „Regelung“ handelt. Grund: Das Sterbehilfegesetz, 2002 als erstes weltweit in Kraft getreten, gilt für Erwachsene und Jugendliche, wobei zwischen zwölf und 16 Jahren Zustimmung von Eltern oder Vormund, von 16 bis 18 ein Gespräch mit diesen obligatorisch ist. Entscheidender Aspekt neben den Kriterien, die den medizinischen Zustand der betreffenden Person festlegen, ist deren Einwilligungsfähigkeit.

Dies trifft auf Kinder unter zwölf Jahren nicht zu. Daher strebt man nun, wie auch im Fall von Babys bis zu einem Jahr, lediglich eine ergänzende „Regelung“ an statt einer Erweiterung des Gesetzes. Gerade die Christenunie, für die das Thema ethisch besonders heikel ist, würde einer solchen auf Kinder zielenden Erweiterung des Gesetzes nicht zustimmen. Auch die nun angekündigte Änderung müsste „ausreichende Garantien“ umfassen, sagte die Fraktionsvorsitzende Mirjam Bikker. Zudem kämen dafür nur seltene Situationen infrage,

INFO

Die Lage in Deutschland

Justiz Das Bundesverfassungsgericht hat 2020 ein Verbot der auf Wiederholung angelegten Sterbehilfe in Deutschland gekippt. Die Karlsruher Richter arbeiteten ein Recht des Einzelnen auf selbstbestimmtes Sterben heraus. Der damalige Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle stellte klar: „Dieses Recht schließt die Freiheit ein, sich das Leben zu nehmen.“

Dilemma Im Dezember 2015 war Sterbehilfe als Dienstleistung verboten worden – professionellen Sterbehelfern, die tödliche Medikamente stellen oder eine Sterbewohnung organisieren, sollte das Handwerk gelegt werden. Auch von dem Verbot getroffen wurden schwerkranke Menschen, die auf die Unterstützung von Sterbehilfe Deutschland und anderer Suizidhelfer vertraut hatten.

Politik Die Karlsruher Entscheidung von 2020 stieß eine Tür für organisierte Angebote auf. Ein „breites Spektrum an Möglichkeiten“ sahen die Richter allerdings, die Sterbehilfe zu regulieren. Wie eine neue Regulierung aussehen könnte, ist nun Gegenstand der parlamentarischen Beratungen. Im Juni 2022 wurden im Bundestag drei fraktionsübergreifende Entwürfe eingebracht. (dpa)



FOTO: DPA

in denen Kinderpalliativmedizin keine Linderung böte. Dass es solche Situationen gebe, wisse die Partei, so Bikker.

Ihr Amtskollege Jan Paternotte von D66, auf ethischem Gebiet Gegenpol in der Koalition, spricht von einem „schwierigen, aber wichtigen Beschluss“, der für die betroffenen Kinder aber sehr bedeutend sein könne. Innerhalb dieses Spektrums wird nun der Kompromiss ausgearbeitet – schwierig, aber nicht unmöglich, solange der Ausnahmecharakter erhalten bleibt und strenge juristische Kriterien im Sinne Bikers gewährleistet sind.

Unabhängig davon gibt es in Teilen der Gesellschaft prinzipielle Vorbehalte. Yvonne Geuze, politische Beraterin der christlichen Niederländischen Patientenvereinigung, blickt sorgenvoll auf die Entwicklung: „Gott gibt und nimmt das Leben. Für uns als Menschen ist es zu groß, über Leben und Tod zu entscheiden“, schickt sie voraus. Auch wer sie auf die besonders anfällige Position eines Kindes „Beim Sterbehilfegesetz ist ein freiwilliges, gut durchdachtes Ersuchen entscheidend. Hier fehlt dieses Element. Kinder sind beeinflussbar, ihre Perspektive in ihrem Leiden ist schwierig festzustellen.“

Zudem fürchtete Geuze, dass mit der Regelung eine Dynamik in Gang kommt: Aktuell gehe es um Kinder, deren Tod absehbar ist. „Was aber ist mit jenen, die eine schwere Krankheit haben, aber noch Jahre zu leben? Wird es für sie später auch eine Regelung geben? Schließlich weist sie noch auf die Palliativmedizin hin, deren Möglichkeiten für Kinder „noch nicht optimal“ seien, so dass die „Route aktiver Lebensbeendigung“ derzeit womöglich zu früh käme.

Dem gegenüber steht die niederländische Kinderärzte-Organisation. In einem Positionspapier verweist sie auf die große Sorgfalt, mit der Entscheidungen zur Lebensbeendigung getroffen würden. Diese Möglichkeit solle auch Kindern offenstehen. Nach einer Studie von 2019 teilen 84 Prozent der befragten Spezialisten diese Einschätzung.

WISSENSDRANG

Um zu wissen, was man will, muss man klare Prioritäten haben. Daran fehlt es den Grünen eigentlich nicht: Sie haben sich dem Kampf gegen die Klimawärmung und dem Umweltschutz verschrieben. Die Mittel, um diese Ziele zu erreichen, sind bekannt: Da Wind und Sonne nicht ausreichen, um den deutschen Bedarf zu decken, Gas und Kohle aber sehr klimaschädlich sind, müssen sich die Grünen konsequent für den Bau neuer Kernkraftwerke einsetzen, wie es viele Länder bereits tun. Der Weltklimarat IPCC bezeichnet die Kernenergie als Instrument des Klimaschutzes. Die Europäische Union stuft die Kernenergie als nachhaltige Energiequelle ein, denn nur mit ihr ist nach Meinung von Experten die not-

Deutscher Irrsinn

Die Energiepolitik der Bundesrepublik ist irrational. Was reitet bloß die Grünen?



MARIA-SIBYLLA LOTTER

wendige Energiewende zu schaffen. Doch was macht Deutschland? Statt neue Atomkraftwerke zu bauen, wurden die letzten abgeschaltet. Wieder einmal schauen unsere Nachbarn fassungslos zu, wie man sich in Deutschland eine irrationale und dysfunktionale Energiepolitik schönredet und dann auch noch als moralischer und klimapolitischer Vorreiter auftritt. Nicht, dass die deutsche Angst vor einem möglichen Reaktorunfall mit Blick auf die Lage und den Zustand mancher Atomkraftwerke in der Welt irrational wäre. Aber es ergibt keinen Sinn, einerseits den Weiterbetrieb ukrainischer Atomkraftwerke mitten im Kriegsgebiet zu akzeptieren, andererseits aber auf deutsche Kraftwerke mit höchsten Sicherheitsstandards zu verzichten. Zumal wir die benötigte

Energie dann teilweise aus Kernkraftwerken europäischer Nachbarländer importieren müssen, von denen einige marode sind.

Es fällt mir schwer, diesen deutschen Irrsinn zu erklären. Gibt es so etwas wie politische Senilitätserscheinungen? Die Partei hat als Anti-Atom-Bewegung angefangen. Offenbar bereitet diese sehr weit zurückliegende Vergangenheit der Partei mehr Bewusstsein als die wirklichen Herausforderungen der Gegenwart. Auch für sehr alte Menschen ist die Kindheit prägender als die Gegenwart.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Pharmazetin Nicole Teusch ab.